20210825S: Status der Deutschen Jurist*Innen-Ausbildung, Meine Mängelfeststellungen und Anregungen zur Verbesserung, Beispiele

Carsten Brossmann <c.r.brossmann@gmail.com> 25. August 2021 um 11:26
An: dekanat@jura.uni-saarbruecken.de, dekanat@jura.uni-regensburg.de, dekanat@jura.uni-jena.de, dekanat@jura.uni-kiel.de, dekanat@jura.uni-potsdam.de, dekanat@jura.uni-bielefeld.de, dekanat@jura.uni-hannover.de, dekanat@jura.uni-bochum.de, dekanat@jura.uni-leipzig.de, dekanat@jura.uni-bremen.de, dekanat@jura.uni-greifswald.de, dekanat@jura.uni-augsburg.de, dekanat@jura.uni-mainz.de, dekanat@jura.uni-trier.de, poststelle@hmwk.hessen.de, Detterbeck@jura.uni-marburg.de
Cc: axel.kaemmerer@law-school.de, info@law-school.de, emanuel.towfigh@ebs.edu, siri.pommer@ebs.edu, ch.schneider@ebs.edu, susanne.schnabel@ebs.edu, dorothee.hofer@ebs.edu, kerstin.Schulmeyer-Ahl@hmwk.hessen.de, Christine.Burtscheidt@hmwk.hessen.de

Sehr geehrter Damen und Herren in den **Juristischen Fakultäten im Verteiler** et al.
(Die zahlenmäßig größeren Universitäten wurden bereits gestern bzw. heute morgen angeschrieben)
Sehr geehrter verantwortliche Damen und Herren in den privaten "Law" schools (im CC. Verteiler)
(zusätzliche Hinweise für Sie ganz unten)

Einführung und Problemstellung: „Das Deutsche JuristInnenProblem“

bedauerlicherweise kommen Sie in den Dekanaten der Jurististen Fakultäten und Fachbereichen sowie Ihre Aufsichtsbehörden in Hessen sind das namentlich das OLG Frankfurt, das HMdJ sowie das HMWK **seit Jahrzehnten nicht** Ihren Aufgaben nach,

die verfassungsmäßig (Landesverfassungen Hessen, Bayern, RP, NRW, etc. GG) eingeführte
freiheitlich demokratische Grundordnung

zu wahren, zu schützen, zu verteidigen
und nicht anzutasten und anzugreifen

Nachweisführung

Dies ist evident:

- in den mehrheitlch mit "juristischen Personal" besetzten politischen Spitzenämter der BRD
  Bundespräsidialamt, Bundestag/spräisidentenamt, Bundesregierung. Ministerpäsidenten
  (Dr. jur. Wolfgang Schäuble, Dr, jur. Norbert Lammert, Dr. jur. Thomas Steinmeier, Dr. jur. Stefan Harbarth. Heiko Maas, Christine Lambrecht, Olaf Scholz, Volker Bouffier, Dr. jur. Markus Söder, Norbert Altmaier et al.)
- bei Mandatstäger mit juristischer (Voll)ausbildung im **Deutschen Bundestag** (Alexander Gauland, Phillipp Amthor, Annalena Baerbock, Brigitte Zypries, Wolfgang Kubicki et al.)
- bei Mandatstäger mit juristischer Vollausbildung **in den Landtagen** (Hessen: Heike Hofmann, Peter Beuth, Axel Wintermeyer, NRW: Armin Laschet)
- bei Behördenleiter mit juristischer Vollausbildung (Südhessen: Landrat Engelhardt, Bgm Dr. Habich)
- im **Stand der juristischen Ausbildung** insbesondere (Rechts)Geschichte, (Rechts)Philosophie, (Rechts)Theorie (siehe Gespräch am 23.08.2020 mit Uni Freiburg)

und explizit und aktuell nachzuweisen:

- in den Ausarbeitungen des **Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages** verantwortet ebenfalls von promovierten Juristen.
- In den aktuell eindeutig erkennbar v**erfassungswidrigen Gesetzesvorlagen/-novellen** zum Wahlrecht, Strafrecht, Verfassungsrecht,Gesundheitsschutz-recht, Internet-Recht, Finanzrecht, Medienrecht)
- Im jahrzehntelangen **Vorgehen der General-Staatsanwaltschaften**, die fast ausnahmslos Strafanträge gegen Amtsträger nicht verfolgt (z.B. MP Filbinger, Roland Koch, Joschka Fischer, Rupert von Plottwitz)
- In maßgebenden Urteilen der höchsten **Deutschen Gerichten: BVerfG, BGH, OLG**, Staatsgerichtshöfe in Fragen der Gerichtsordnung (verfassungswidriger Anwaltszwang nach §78 ZPO), Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen(siehe Filbinger), sowie natürlich der Grundrechtseinschränkungen im Zuge der Corona-Krise
- in der sehr selektiven **Ermittlungsarbeit des Corona-Ausschusses**, der besetzt nur mit (Voll)JuristInnen wichtige Themen (Verfassungsrecht nach HessLV, Haftungsrecht nach §839 BGB, neues Medienrecht nach neuem Medienstaatsvertrag) nachweislich nicht oder nur am Rande berührt.

mit teilweise persönlich adressierten und nachweislich zugestellten Schriftsätzen (ca. 100 pro Jahr) weise ich seit 2013 die Verantwortlichen auf die Missstände in Ihrem Verantwortungsbereich hin. Zunächst in eigenen Verfahren seit Jan 2013, nach den Verfassungsbrüchen im März 2020 in Hessen gestützt auf Abschnitt XI der HessLV „Schutz der Verfassung“ im Interesse aller Staatsbürger.

Aus meiner Arbeit zunächst in Vollzeit (ca. 500 h) bis 24 Mai 2020 für das DIRZ „Deutsche Institut für Rechtssicherheit und Zukunftsfragen“ seit dieser Zeit selbständig in Teilzeit ca. 20 h pro Woche.

Aus meiner Arbeit leite ich als Geschäftsführer ohne Auftrag gestützt auf § 830ff BGB einen Vergütungsanspruch für meine Leistungen ab, der sich

Anliegend erhalten Sie folgende

maßgebende Schriftsätze:

1. Meine Untersuchung zum verfassungswidrigen Anwaltszwang nach $78 für eine Grundrechtsbeschwerde beim BVerfG, Sep 2016
2. Die grundlegend modernisierte Hess. Landesverfassung, Dez 2018, Fassung 2020
3. Das Gutachten des DIRZ, Nachweis der Verfassungsbrüche, Mai 2020
4. Meine Nachweisführung zu meiner GoA, Aug 2021
5. Mein Verfahrensantrag vom 22.Aug 2021 an das LG Berlin wegen Amtspflichtverletzungen im Deutschen Bundestag durch Erstellung wahrheitswidriger Gutachten
6. Meine schriftliche Aufforderung vom 22.August 2021 an Prof Martin Schwab (Uni Bielefeld) den Verfahrensantrag vom selben Tag zu unterstützen.
7. Meinen Gesprächsvermerk vom 23. August 2021 mit dem Inhaber des Lehrstuhls für Rechtstheorie am Institut für Staatswissenschaften der Juristischen Fakultät der Universität Freiburg

Anträge nach ZPO, Art 16 HessLV et al.

Hiermit beantrage ich:

1. einer öffentlich wahrnehmbare Unterstützung meiner Kritik an der Arbeit des Deutschen Bundestages, den Länderparlamenten, Regierungen etc. z,B, durch Redebeiträge auf dem Demonstrationen am kommenden Wochenende, Fachartikel in Tageszeitungen etc. Antwortmail
2. eine öffentlich nachzuweisende interne Verteilung dieser Mailinhalte innerhalb Ihres Veranwortungsbereiches
3. eine schriftliche Stellungnahme eines Hochschullehrers Ihrer Universität zu :
   1. der Jura-Ausbildung. 2. den Verfassungsbrüchen 3. den abzuleitenden Maßregelungen 4. den Verbesserungsvorschlägen
4. eine Anerkennung/Vergütung meiner Leistungen zum Schutz der FDGO z,B. durch eine Einladung mit Aufwand/Spesenerstattung oder einen symbolischen Geldbetrag > 1 EURO

Hinweise und Abschlussbemerkungen

Abschließend möchte ich auf folgende Punkte hinweisen:

- Der Schriftsatz Nr. 1 Untersuchung zum §76 ZPO wurde bislang von keiner dazu berufen Person oder Institution kommentiert oder gar widerlegt. Vom BverfG zunächst nicht angenommen und dann ohne Begründung abgewiesen.
- Der Schriftsatz Nr. 2 HessLV wird nachweislich völlig unzureichend behandelt bzw. nachweislich diskreditiert.
- Die Nachweisführung des DIRZ im Schriftsätzen Nr. 3 „Verfassungsbrüche“ wurde seit Mai 2020 nicht widerlegt und muss daher als allgemein anerkannt gelten.
- Meiner Nachweisführung „meiner GoA“ im Schriftsätzen Nr. 4 vom 18. August 2021 sowie meinen angesetzten Brutto Stundensatz von 50 EURO/h = 100 DM wurde bislang vom dazu berufenen Landesrechnungshof nicht widersprochen. Ich kann daher entsprechend berchtigterweise gegen die Veranlasser_Innen /Verhaltensstörer_Innen liquidieren.
- Für die o.g. Anträge, die nicht nachweislich bis zum 31. August 2021 von den Antragsstellen (Hauptverteiler auf cc.) bearbeitet wurden melde ich vorsorglich einen Vergütungsanspruch bei den Verantwortlichen an. Mindestanspruch 50 EURO für telefonische und schriftliche Erinnerungen/Nachforschungen, Mahnungen und Ersatzvornahmen an.
- Bislang konnte ich ca. 500.000 EURO berechtigterweise so liquidieren jedoch noch keine Einnahmen generieren.

Ich bitte Sie dringend diesen eigentlich unerträglichen Zustand sofort zu beenden.

Bitte leiten Sie die Mail auch an externe Dienststellen (Nachbar-Fakultäten, -Universitäten) weiter!

Ergänzung Nr. 1 vom 24.08.2021 (abends)

Ich füge nun noch 4 Veröffentlichungen an, die meine Darlegungen im o.g. Schriftsatz untermauern und belegen

1. "Meinungsfreiheit und wissenschaftlicher Diskurs in der Corona-Krise" von Prof Martin Schwab(Uni Bielfeld)
2. PM zur Ernennung einer Juniorprofessorin an der Uni Bielefeld

3. PM Liste der Forschungsprojekte an der Uni Bielefeld
4. PM Beschreibung "Institut für anwaltsorientierte Juristenausbildung" an der Uni Gießen

Zu 1: Ein **Musterbeispiel** wie ein intelligenter und gut ausgebildeter mit demokratischer Gesinnung ausgestatteter Vollzurist und Hochschullehrer in einer Staatskrise agieren sollte.
Kommentar: Noch ohne inhaltliche Durchsicht ist eine klare Struktur und Themenwahl/-konzentration/-behandlung erkennbar
zu 2. Ein eindeutiges Negativbeispiel für **eine Fehlbesetzung** einer Stelle in der Juristenausbildung
Begründung: übermäßige lange Ausbildungszeit ohne Praxisbezug und ohne nachweisbare Leistungen und besondere Qualifikationen
zu 3. Ein Beispiel für eine Übersicht über **aktuelle "durchschnittliche" Forschungsschwerpunkte an Juristischen Fakultäten**
Kommentar: Übersichtliche Anordnung jedoch es fehlen die Forschungsbeiträge zu wichtigen rechtswissenschaftliche Fragestellungen: Verfassungsrecht (Status der Grundrechtsgarantien), Zivilrecht(Haftung von Amtsträgern im Zuge der CoronaKrise), Strafrecht("Straftäter in Uniform und Anzügen"), Medizinrecht(Impfpflicht), Internetrecht(Zensur, Häme, Beleidigungen)
zu 4: Ein herausragendes Negativbeispiel für eine schlecht aufgestellte Universitäts-Fakultät
Begründung: **Aushebelung des Berufsbildes "Volljuristen"**, völlig unsortierter "überladener" Internetauftritt, fehlende Beschreibung dafür Bilder des Forschungsteams

Ergänzung Nr. 2 vom 25.08.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
in den Dekanaten der FB Recht, der EBS Wiesbaden und BSL Hamburg,

vorstehende Feststellungen in der Jura-Ausbildungsqualität **gelten auch für Sie**
bei Ihnen unmittelbar festzumachen an:

- Ihren schlechten Internetseiten (Layout, Menüführung, Ringschlüssen)
- fehlende Studienplänen (Beschreibung der Inhalte)
- den geringen bzw. fehlenden Forschungsanteilen
- übermäßiger Gebrauch von englischen Fachwörtern (besonders zu kritisieren)
- einer ganz schwachen Verfassungsrichterin aus Ihrem Kreis

Natürlich gilt das **BGB** und damit die Vorschriften für GoA-Mandate auch für Sie.
Am liebsten würde ich Ihnen **sofort meine (Behörden-)Liquidation/Faktura** schicken, denn über Ihre Sponsoren
wurde die **einst** vorbildliche Deutsche Hochschullandschaft zu dem was Sie heute ist.
.. "ein Tummelplatz von "Aufschneider*Innen", "Gern-Größen", "KarrierieristInnen", "Business-people"
auf hessisch: Dummbeutel/Bananenbieger, Hannebambel/Flitzpiepen, Ziegen, Kühen, Schafen, Lämmer, Ochsen
die auf die verbliebenen gute Hochschullehrer herabblicken

Für diese Überarbeitung und Verteilung meines gestrigen Schriftsatzes, von heute 25.08.2021, mit Erweiterung des Verteilers (EBS, BLS)
beantrage ich beim HMWK namentlich Abt III Frau Burtscheid/Frau Schulmeyer 50 EURO für ca. 1 h Arbeit
und erinnere öffentlich an meine bisherigen Anträge/Erinnerung zur Kostenerstattung. Insgesamt nun 400 EURO für > 8 h Arbeit

zeitnah zu überweisen durch die Gerichtskasse beim OLG Frankfurt auf mein Konto bei der
Sparkasse-Starkenburg in Lindenfels DE43 5095 1469 0012 1994 73
Ab 1. September werde ich meine

Verechnungssätze:

maßvoll anheben

für meine Beratung und gutachterliche Arbeit: **50 EUR/h => 55 EUR/h**
Mindestgebühr pro Mail z.B. zur Erinnerung 20 EUR/Stk => 25 EUR/Stk

Ab 1. Oktober 2021 spätestens ab 1.Januar 2022 muß ich ergänzend die MWSt. aktuell 19% berechnen.

Fazit :

Sie sollte schnell und nachhaltig die vier oben formulierten Anträge bearbeiten!

Mit freundlichen Grüßen
gez.
C.R. Brossmann

Wilhelm-Baur-Str. 19a 64678 Lindenfels
Telefon: 06255.96887-67(privat) -68 -69(Fax) Mobil (auf Anfrage)

Disclaimer ab 2. Aug 2021 ersetzt
Disclaimer 1 Distanzierung von Themen und Inhalten (Anwaltszwang, Verfassungsbrüchen, Klimakatastrophen, Verschwörerorganistionen)
Disclaimer 2: Ungehörte Aphorismen namhafter Unpersonen (Aurel, von Bingen, Moutbatten et al.)
Disclaimer 3 Hess Landesverfassung Abschnitt XI Schutz der Verfassung (Pflichten der Staatsbürger zur Strafverfolgung)
"Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.
"Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet."
"Es muß darauf geachtet werden, daß das Grundgesetz nicht mit Methoden geschützt wird, die seinem Ziel und seinem Geist zuwider sind."
Quellennachweis:
"Freimütige Kritik und demokratischer Rechtsstaat" in der Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte" zur Wochenzeitung "Das Parlament", 22. Mai 1976

Das Hoblerlied nach Raimund "Das Hobellied")
Da streiten sich die Leut' herum
Tragen Masken in Berlin
Die ein nennen andere dumm
Vernunft wo bist du hin?

Refrain:
Das Schicksal ist ein Hobler
aber sicherlich kein Nobler!

Da kommt der "allerklügste" Mann
dem anderen viel zu dumm
A' Held wer jetzt noch kann!
denn Corona biegt alle krumm

Die hohen Leut' woll 'n mit Gewalt
in allem glücklich sein
und hat einer schon die erste Falt'
schicken sich viel drein.

---

11 Anhänge

20210818S=RCB-HessStaat-Haftung-1136=Atbg-Haftungsanspruch_CRB_nach HessLV_und_BGB.pdf
96K

2020627W=Landesverfassung_Hessen_Fassung01122018=Download_27062020.pdf
138K

20209805=DIRZ_Gutachten_zur_Corona-Krise_20Mai2020_Ausz_vorbVerfassungsbrueche_in_Hessen.pdf
176K

20210820S=RCB-BVerfG_et_al-WDienst_des_DBundestages-1022=Bg-Warnung vor Straftaten_schlechterJuristInnen.pdf
258K

20210822S=RCB-LGBerlin-Art136HessLV-1040=AtBg-Schadenersatzanspruch_§839BGB_gegen_den_Deutschen Bundestag.pdf
208K

20210824S=RCB-UniFreiburg-Bildung-1140=Bg-Grundlagen_Jura_Staatstheorie_Bsp_WD03_Bundestag.pdf
339K

01Untersuchungen_zum Anwaltszwang_fuer_BVerfG_1Sen1Kam.pdf
591K

20210824W=UniBielefeld-###-ReWissForschung-1617=Lst-Forschungsprojekte2021Aug.pdf
62K

20210824W=UniGiessenReWiss-###-Forschung-1624=PM-Fprojekt2021_Institut für anwaltsorientierte Juristenausbildung_DePL.pdf
143K

20210824W-UniBielefeld-###-Aktuelles-1610=PM-Ernennung_JunProf_DrJurCharlotteSchmittLeonardy.pdf
342K

20210824W=UniBielefeld_ProfSchwab-###-CoronaKrise-1614=Bg-Grundrechte_Meinungsfreiheit_BspWolfgangWodarg.pdf
1781K